

Bundesarbeitsgemeinschaft
Kritischer
Polizistinnen und Polizisten
(Hamburger Signal) e.V.



c/o Thomas Wüppesahl • Kronsberg 31 • 21502 Geesthacht-Krümmel

- Bundessprecher -

Thomas Wüppesahl
Kronsberg 31
D - 21502 Geesthacht-Krümmel

Tel.: 04152 – 885 666
Fax: 04152 - 879 669

Dienstag, 1. August 2017

P R E S S E M I T T E I L U N G

Zu dem Terrorakt vom 28. Juli 2017, kurz nach 15:00 Uhr, Fuhlsbütteler Straße 186 (EDEKA-Filiale) und den neuerlichen krassen Fehlern der Hamburger Polizei geben wir folgende Stellungnahme ab:

Zweite Momentaufnahme der HaHa-Polizei 2017: „Alles im Griff + nichts klappt (deshalb?) so richtig“

Diese Pressemitteilung soll illustrieren in welchem Zustand die Sicherheitsorgane in Hamburg sind, dass an Schlüsselstellen nur noch ehemalige Polizisten sitzen und schon von daher die Fehlerquote hochschnellen muss. Der G 20-Gipfel vom 6.-8. Juli 2017, der Terroranschlag vom vergangenen Freitag und viele andere Minusleistungen sind wesentlich so zu erklären. Hinzu kommt eine ausgeklügelte Desinformationspolitik:

„Es gab bei dem Attentäter vom 28. Juli 2017 zwei Gefährderansprachen. Eine durch das Landeskriminalamt (LKA), dem Staatsschutz, im Juni 2016, und eine durch das Landesamt für den Verfassungsschutz (LfV) im November 2016.

Beide Ansprachen erfolgten unabhängig voneinander. Es ist nicht ersichtlich, dass sie aufeinander aufbauten oder dass die eine Sicherheitsbehörde die andere informiert hätte: „Hört mal, wir haben mit ihm gesprochen. Vielleicht könnt ihr noch mal...“ und beide Ansprachen kamen zu demselben falschen Ergebnis.

Dieser bürokratische Bearbeitungsablauf ist vor dem Hintergrund der Tatsachen, dass bereits im **April 2016-** über ein Kalenderjahr zuvor, ein Bekannter von Ahmed A. der Hamburger Polizei meldete, dass Ahmad A. sich verändere und wohl radikalisiere. Dieser Hinweis wurde mit konkreten Handlungen unterlegt. Es folgte eine völlig unangemessene Verwaltung... Auch der Leiter der Flüchtlingsunterkunft in HH-Langenhorn gab deutliche Hinweise.

Es gibt hier nur zwei mögliche Erklärungen: Entweder wurden zu den jeweiligen Zeitpunkten falsche Gefährderbeurteilungen gemacht oder es wurde extrem schlampig gearbeitet. Beides ist möglich und am wahrscheinlichsten ist die zweite (Schlamperei) Variante.

Schlampige Einschätzung mit der Konsequenz des 28. Juli 2017

Ahmed A. wurde unmittelbar nach der Tat als Täter identifiziert. Wenn im April 2016 bereits ein Bekannter, der ihn also besser kennt(!), und dann auch noch der Leiter der Flüchtlingsunterkunft des späteren Terroristen Ahmad A. Hamburger Sicherheitsbehörden konkret unterlegt mitteilte, dass dieser sich gerade gravierend radikalisiere, auf dem Hof Allahu Akbar sänge und anderes mehr, dann muss hier geschlampt worden sein.

Folgende Tatsachen nach der Tat stützen die These: Falsche Gefährdereinschätzung:

- Die Hamburger Behörden bemühten sich über zwei Tage krampfhaft und sehr angestrengt, den Vorgang einem psychisch labilen Durchgedrehten zuzuordnen.
- Seit der Tat bis heute wird mit Informationen weitestgehend gemauert. Alles kommt nur nach der Salamtaktik an die Oberfläche, Stück für Stück, obwohl die Akte da ist.
- Man ließ die JournalistInnen sich erst einmal an dem „psychisch labilen Einzeltäter“ und dem Schrecken, dem Schock und der Trauer abarbeiten.
- Erst am 29.07.2017 verkündete der Innensenator Andy Grote, dass beide relevanten Ämter (LfV + LKA) an dem Attentäter dran waren.
- Die Spitzen der Hamburger Behörden wussten schon kurz nach der Identifizierung des Terroristen, dass er zu dem Gefährder-Kreis in der Hansestadt gehört.
- Alles andere, insbesondere die Gefährderanalyse, warum kein sozialpsychiatrisches Gutachten – trotz Empfehlung vom LfV – in Auftrag ging, bleibt im Ungefähren.
- Über das ganze Wochenende erfolgte der nebulös wirkende Hinweis auf den Generalbundesanwalt (GBA), dass dieser erst am Montag entscheiden würde, ob er dieses Tötungsdelikt übernehmen würde. Er tat es: Das formal-bürokratische Indiz auf Terror.
- Und tatsächlich ging erst nach 17:00 Uhr am Montag, 31. Juli 2017, über die Ticker, dass der GBA übernehme. – Wer glaubt, dies wäre bei der Generalbundesanwaltschaft nicht schon am Wochenende klar gewesen wäre, dem ist auch nicht mehr zu helfen.
- Es ging bei dieser Salami-Taktik durch Hamburger Sicherheitsbehörden und ihrem Innensenator um Krisenmanagement und Schadensbegrenzung. Sie wollten vor allem die ersten 48 Stunden für das Märchen von dem „psychisch labilen Einzeltäter“ in der Meinungsbildung halten, um den focus von den schnell festgestellten eigenen Versäumnissen abzulenken; tatsächlich schafften sie es über 74 Stunden.
- Die Pressesprecherin des GBA, Frau Köhler, äußerte sich gestern, Montag, 31.07.2017, mindestens zwei Male und gleich zu Beginn ihres Statements distanzierend, dass der Täter den LKA-Beamten aus Hamburg gesagt haben solle, dass er sich erst zwei Tage vor dem 28. Juli zu einer solchen Tat entschlossen habe.
- Mit dieser Sprachregelung brachte Frau Köhler nichts anderes als ihren Unglauben zum nächsten Kapitel der 1001-Märchenserie in Hamburg und damit den Zweifel des GBA zum Ausdruck. Auch mit diesem Köhler-Auftritt ist klar, dass derzeit beim LKA

+ LfV in Hamburg möglichst vertuscht werden soll, was sie verrissen haben.

- Der Fall Anis Amri ist noch in frischer Erinnerung, einschließlich der nachträglichen Aktenmanipulation im LKA Berlin: Aus Großdealer mach´ einen Kleindealer. Dort nahmen unsere Dienste einen Terroranschlag in Kauf. Warum nicht auch in Hamburg?

Wir Kritischen wollen erfahren, wer die falschen Gefährdereinschätzungen zu verantworten hat. In persona(!) wollen wir dies wissen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass seit ungefähr vier Jahren alle möglichen bis ca. 2013 hoch gefahrenen Weiterbildungen über Islamismus bei der Polizei HH sehr stark heruntergefahren wurden. Das hatte und hat hier Auswirkungen!

Eine Ansprache des Gefährders hat den Zweck ihm zu signalisieren: „Wir haben Dich auf dem Schirm.“ Und zu prüfen, ob und wenn „Ja“, welche Gefahr von ihm ausgeht.

Programmiertes Chaos

Beide Sicherheitsbehörden (LfV + LKA) hatten von jeweils ihren Quellen entsprechende Hinweise auf die stattfindende Radikalisierung von Ahmed A. – Dazu hatten wir Kritischen bereits in einer Pressemitteilung in unserer mittlerweile längst eingestellten Rubrik „Innenpolitik Hamburg“ (Online www.kritische-polizisten.de) auf die Tatsache hingewiesen, dass beide Ämter eigenständig V-Leute in bestimmten Milieus führen. Und auch das nicht selten ein V-Mann des LfV über einen V-Mann des LKA berichtet. Und umgekehrt.

Etwas was es ausdrücklich nach den Erfahrungen bei dem NSU-Desaster mit damals scheinbar zahllos angesetzten V-Leuten unterschiedlichster Verfassungsschutzämter und Polizeibehörden genau **nicht mehr** geben soll(te). In Hamburg ist es weiterhin gelebte Praxis.

Wir ersparen uns hier die weitere Darstellung zu welchen Problemen dies in Hamburg zwischenzeitlich noch geführt hat. Es sollte auch ohne NSU-Desaster nicht sein, weil dieselben Erkenntnisse bereits in den 80er Jahren nach einem ähnlichen V-Mann-Führungsdesaster in Hamburg gesicherte Erfahrung waren!

Zur Erklärung: Die Rubrik „Innenpolitik Hamburg“ stellten wir wegen Hoffnungs- und Aussichtslosigkeit auf Besserung ein. Es gibt auch jetzt – im August 2017 - (noch) keine solche Hoffnung bei der Polizei Hamburg und der von ihr gelenkten Innenbehörde.

Was an dieser vorstehend ausgeführten Tatsache noch im Zusammenhang mit dem einen (überflüssigen) Todesfall im EDEKA-Geschäft und sieben weiteren (überflüssigen) Verletzten – von denen zwei nur mit Notoperationen gerettet werden konnten - relevant ist, besteht im Folgendem:

- Beide Ämter agieren getrennt.
- Beide Ämter kommen zum selben Ergebnis.

Polizisten wohin das Auge blickt

Wir möchten auch noch auf folgenden Sachverhalt, der sowohl strukturell als auch personell viele der handwerklichen Hamburger Schusseligkeiten in der Sicherheitspolitik erklärt, hinweisen:

1. Staatsrat der HHer Innenbehörde ist Herr Bernd Krösser, ein ehemaliger Schutzmann.
2. Polizeipräsident Hamburgs ist Herr Ralf Martin Meyer, ein ehemaliger Krimsche.
3. Leiter des LfV in Hamburg ist Herr Thorsten Voß, ein ehemaliger Schutzmann.

4. Leiter des Amtes A 40 (Amt für Öffentliche Sicherheit + Ordnung), ist Herr Bernd Schulz-Eckard, ein ehemaliger Krimische.

Die „Hamburger Polizei“ hat alles im Griff und kriegt nichts geregelt - wenn es darauf ankommt. Als Polizeipräsident wäre zum Beispiel ein Soziologe gut denkbar. Oder auch als Leiter des LfV, aber auch an der Spitze von A 40 ist ein Polizist mit Fragezeichen zu sehen.

Die höhere Bedeutung dieser Polizeioffiziere in allen Schlüsselpositionen der Sicherheitsapparate Hamburgs (mit Ausnahme des Innensensors) besteht im Folgendem:

Während früher zwischen dem Amt A 40 und der Polizei, im Besonderen dem LKA, eine bewusst hergestellte und wohl organisierte Konkurrenz bestand, eine Form von Reibungsfläche stattfand, um die optimale Lösung herbeizuführen, so gibt es heute keine alternativen Denkweisen mehr. Die sind alle ausgeschlossen. Polizeiliche Prägungen determinieren alles. Der „exclusive“ Bullenclub an allen entscheidenden Schlüsselstellen kann machen ´was er will`, weil der Innensensor, Herr Andy Grote, fachlich schon überhaupt nicht durchblickt und fast vollständig am Mund seiner (Polizei-),„Experten“, an deren Tropf hängt. Er ist abhängig von deren Expertise. Alles Polizisten.

Es gibt keinen cordon sanitaire in der Hamburger Sicherheitsarchitektur mehr. Und noch nicht einmal immer richtig gute Köpfe als Polizeipräsident, Verfassungsschutzleiter, Staatsrat und Leiter A 40. Es geht uns nicht um eine generelle Bullen-Schelte. Sie mögen als Ermittler, MEK-Leiter etc noch eine passable Figur gemacht haben, aber an den Schnittstellen zwischen der Politik und den Apparaten müssen sie – gerade in dieser Ansammlung - versagen.

Es war der Wunsch der Polizei seit der unseligen schwarz-braunen Ägide Ronald Barnabas Schill mit Ole von Beust, sowie der großen Polizeigewerkschaften diese Uniformität in der Denkweise zu installieren. Und die SPD hat das mitgemacht. Genauso wie den kritischen Geist insgesamt aus dem Polizeikörper in Hamburg zu entfernen. Auch dazu: Glückwunsch!

Die Verrohung der guten Sitten

Während früher der jeweilige Innensensor aus den widerstreitenden Fachmeinungen zwischen in der Regel A 40 und der Polizei sich die eigene Entscheidung entwickeln konnte, wird ihm jetzt der Einheitsbrei aus geprägten Polizistenköpfen vorgesetzt. Das alles ist an sich schon fatal und gegen die gesicherten Erkenntnisse der Organisationslehre.

Aber dann noch einen Juristen, der bis zu dem geplanten Rauswurf von Herrn Michael Neumann (SPD-Innensensor von 2011 bis Januar 2016, fast fünf Jahre) als Leiter des Bezirksamts Hamburg-Mitte Verwaltungserfahrung sammeln konnte, zum Innensensor zu machen, hätte nur positiv gelingen können, wenn er auf einen eingespielten klugen und souveränen Apparat hätte zurückgreifen können. – Jeder kann es an den Verrenkungen die er bei seinen Pressestatements macht sehen. Diese Verrenkungen finden nicht nur verbal statt, sondern auch körperlich und (vor allem) mimisch. Für uns ist es Mitleid erregend.

Die Ergebnisse sind eindeutig. Trotz aller Lügen (G 20-Gipfel), Vertuschungen und politischer Rückendeckung für komplett Unverträgliches (Olaf Scholz: „Polizeigewalt ist ein Kampfbegriff“- „Polizeigewalt gibt es nicht.“). - Selbst der Bürgermeister hat eine Stimme im Corpsgeist eingenommen. Perfekt für die Polizei dieser Prägung. Fatal für die BürgerInnen.

Es gibt also weder gedanklich und intellektuell einen Anstandsbereich, weil nur noch Polizisten mit ihrer spezifischen Prägung in komplett ungeeigneter Weise an diesen benannten Stellen alles polizeilich zu deuten in der Lage sind. Und es gibt auch sonst wenig Anstand.

Das sieht man nicht bloß auf den Straßen, ob bei G 20, selbst in der Gefangenensammelstelle(!) oder anderen Versammlungen, sondern auch bei kleineren Einsätzen.

Letztlich wird dies selbst von „höchster Stelle“ im Landeskriminalamt und weiteren exponierten Führungskräften vorgelebt. Die lebensbejahenden Zustände im HHer LKA wollen wir hier auch vor dem Hintergrund der Berliner BereitschaftspolizistInnen vor dem G 20-Gipfel oder die durch das LfV HH steckbriefähnlich veröffentlichten personalisierten „Fahndungsaufrufe“ gar nicht weiter auswalzen, nur darauf hinweisen, dass sich niemand zu wundern braucht, wenn sich vier verdeckte Ermittlerinnen rechtswidrig (und gegen alle Vorschriften!) durch die Betten von Zielpersonen hangeln.

Wenn man selbst solche Führung hat, die selbst lebenslustig agiert... - Und so vieles mehr.

Es will uns ja immer noch kaum jemand glauben, aber die Polizei Hamburg befindet sich in einem erbarmungswürdigen Zustand:

Fachlich, menschlich, bei der fehlenden Orientierung. Und ethisch. Wie vielen Lügen mit allen möglichen Beschönigungen wollen JournalistInnen denn noch nachlaufen?

Was bleibt: Ein weiteres fatales Sicherheits-Ergebnis, ein Toter

Der Anlass für diese Pressemitteilung ist fatal, nicht tragisch, denn diese Tat war nicht bloß für den Fall, dass das BAMF effektiv gearbeitet hätte, vermeidbar. Und doch gehört das eine (überflüssiger Tod eines Mitbürgers sowie sieben Verletzte) und die Struktur-/Personaldefizite an den Schlüsselstellen der Sicherheitsapparate Hamburgs gemeinsam mit solchen Abgründen wie sie an der Spitze des LKA vorgelebt werden, miteinander betrachtet, wenn jemand ernstlich verstehen will wie diese dauernden Fehlleistungen zustande kommen können.

Es wird also noch viel schlimmer, wenn nicht endlich jemand die Hamburger Sicherheitsarchitektur mit Verstand, Kompetenz und Konsequenz neu ordnet. Und das was ist, stellt bereits einen „schlimmen Zustand“ dar, wie wohl unser Bürgermeister, Herr Olaf Scholz, formulieren würde, wenn er unsere Einsichten mit trüge.

Wir sind realistisch, dass unsere hier formulierten Forderungen, dass wir die Namen der verantwortlichen BeamtInnen im LfV + LKA Hamburg zu der falschen Gefährdereinschätzung namentlich erfahren möchten, nicht auf offiziellem Wege erfahren. Sie sind in die Verantwortung zu stellen. Eigentlich.

So ist es auch mit den anderen Forderungen hier. Auch hier (Fuhle-Toter plus sieben Verletzte vom 28. Juli 2017) kommen routiniert dieselben systemischen Methoden wie sonst zur Anwendung: Von Desinformation, gezielter Informationszurückhaltung bis hin zu Lügen, wie beim Davidwachen-Überfall vom 30.12.2013, Rote Flora-Demonstration 21.12.2013, G 20 Gipfel in gleich mehreren einzelnen Großlagen und viel zu vielen weiteren Vorgängen.

Aber losgelöst von solchen Forderungen und Feststellungen:

Wer fühlt sich dazu berufen, dieser armen Polizei Hamburg plus der von ihr gesteuerten Innenbehörde plus dem LfV zu helfen. Hamburg wäre ein großer Dienst zu erweisen möglich.“

Mit der Bitte um Veröffentlichung

Thomas Wüppesahl,
Bundessprecher